

Thema: Prater Wien

Autor: Hedi Schneid

Glücksspiel. Die Vergabe der drei neuen Casino-Lizenzen unter Finanzminister Spindelegger ist ungültig. Das hat das Bundesverwaltungsgericht nun entschieden. Ein Sieg für die Casinos Austria, eine Niederlage für ihre Konkurrenten.

Gericht hebt Spielbanken-Lizenzen auf

VON HEDI SCHNEID

Wien. Fast genau ein Jahr, nachdem das Finanzministerium die drei neuen Spielbankenlizenzen für Wien und Niederösterreich an den Novomatic-Konzern (Prater und Bruck/Leitha) und die schweizerisch-deutsche Casinos Baden/Gauselmann-Gruppe für das Palais Schwarzenberg vergeben hat, hat das Bundesverwaltungsgericht (BVG) nun eine sensationelle Entscheidung getroffen. Das Gericht, das von den leer ausgegangenen Casinos Austria angerufen worden war, hat die Bescheide für alle drei Standorte aufgehoben, wie die „Presse“ von der Kanzlei Lansky, Ganzger + Partner erfuhr.

Das ist eine schwere Schlappe für das Finanzressort. Nach Einschätzung der Anwälte, die die Casinos Austria vertreten, heißt das, dass das Finanzministerium nun das Lizenz-Vergabeverfahren komplett neu aufrollen muss - wenn es überhaupt noch solche vergeben möchte. Die Lizenzen wurden noch unter Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) vergeben.

Fehlerhafte Bescheide

Das BVG begründet seine Entscheidung unter anderem damit, dass die Bescheide fehlerhaft seien, das Verfahren mangelhaft durchgeführt worden sei, der Beirat im Finanzressort nicht gehörig beigezogen worden sei und das Ministerium auch widersprüchlich argumentiert habe. Die (Sub-)Kriterien der Vergabe seien zudem vorab nicht festgelegt worden, sie seien nicht transparent gewesen und unpräzise, heißt es unter anderem in dem Urteil.

In der Tat waren die Begleitumstände der Lizenzvergabe „ungewöhnlich“: Der Entscheidung ging heftiges Lobbying voraus. Ursprünglich hatte der Glücksspielbeirat im Finanzministerium die Casinos Austria für alle drei Standorte als Favorit gereiht. Nach heftigen Politinterventionen zugunsten von Novomatic, unter anderem von Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindeleggers Parteifreund Erwin Pröll (ÖVP), hat das

Gremium praktisch in letzter Minute seine Meinung geändert. Auch Wiens Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) hatte sich für die Novomatic eingesetzt.

„Die Bescheide sind nicht einfach schlampig formuliert - sie strotzen vor Rechtswidrigkeiten, dass es einer Sau graust“, nahm sich Anwalt Gabriel Lansky anlässlich der Eingabe der Beschwerde kein Blatt vor den Mund. Nicht nur er war verwundert, hat das Vergabeverfahren doch fast zwei Jahre gedauert.

Für die beiden Konsortien, die Novomatic und die Casinos-Baden/Gauselmann-Gruppe, bedeutet das Urteil einen schweren Rückschlag. Sie haben schon viel Vorarbeit in die Projekte gesteckt und zum Teil auch schon investiert. So etwa sollte das Palais Schwarzenberg zu einem Grand Casino mit Top-Restaurant und Boutique-Hotel umgebaut werden.

Aus für den Prater?

Für die Novomatic wiederum ist die Entscheidung doppelt bitter: Nachdem in Wien mit Jahresbe-

ginn das Automatenspiel komplett verboten worden ist, musste der Konzern die riesige Automaten-Spielhalle im Wiener Prater zusperren. Die Novomatic, die mit diesem Projekt ins Rennen ging, hoffte, nach Erhalt einer Lizenz die Automatenhalle zu einem Vollcasino ausbauen zu können.

Für die Casinos Austria, die mit einem Projekt in Wien und einem in Krems an den Start gegangen sind, bedeutet die Gerichtsentscheidung indes eine Genugtuung und neue Hoffnung. Ganz so einfach dürfte die Sache für den Konzern, der bisher allein die Lizenzen für die zwölf heimischen Spielbanken in der Hand hatte, allerdings doch nicht werden. Denn inzwischen haben sich die Eigentumsverhältnisse bei den Casinos Austria geändert: Der Staat hat über die Staatsholding ÖBIB jenen 33,2-prozentigen Anteil an den Casinos übernommen, den die Notenbank über die Münze hielt. Fi-

nanzminister Hans Jörg Schelling will alles kaufen und hat ein Angebot gelegt. Für diesen Rest gibt es auch andere Interessenten.

Sollte es eine Neuausschreibung geben und sich, was wahrscheinlich ist, die Casinos bewerben, wird die Sache rechtlich heikel: Egal ob der Staat dann nur ein Drittel oder alles besitzt - die Vergabe einer Lizenz durch den Minister an „sein“ Eigentum wäre mehr als problematisch.

Thema: Prater Wien

Autor: Hedi Schneid



Für das Palais Schwarzenberg als nobles Spielcasino in der Wiener Innenstadt heißt es nunmehr: rien ne va plus.